

Der 17. Juni war nicht umsonst!

Forderungen blieben unerfüllt – aber die Partei zerbrach

Zum vierten Male jährt sich am kommenden Montag der Tag der Juni-Revolution. Die sich wieder in den Vordergrund spielenden Stalinisten versuchen diesen Tag aus der Geschichte ihrer Zwangsherrschaft zu streichen. Dort, wo vor vier Jahren die Bauarbeiter der Stalinallee ihren historischen Protestmarsch begannen, feiern die Kommunisten diesmal unter dem gleichen Datum einen „Tag des Demokratischen Rundfunks“, mit Schaubuden und Rummelplatzvergnügen. Aber damals schwiegen die kommunistischen Sender und die Funktionäre, die heute zum Volkstanz laden möchten, flüchteten in Richtung Frankfurt/Oder und Stralsund. Niemand hat die SED diese Niederlage überwunden: Am 17. Juni zerbrach das Rückgrat der kommunistischen Partei!

Nur der oberflächliche Betrachter kann die Frage nach einem machtmäßigen „Sieg“ bei diesem Aufstand stellen. Nicht jene, die ihre Ministerien durch Sowjetpanzer schützen mußten, haben gesiegt.

Die große Welle des Antistalinismus, die danach einsetzte, wurde mit durch den 17. Juni ausgelöst. Die Ereignisse in Polen und Ungarn stehen in enger Beziehung zu dem damaligen Geschehen. In der SED aber erkannten damals jene Altkommunisten, die nach 1945 der Partei zur Macht verholfen hatten, daß eine tiefe Kluff bestand zwischen ihrem Willen und der Praxis des Stalinismus.

Suchttag der Moral

Viele Kenner des Kommunismus treten heute für die Ansicht ein, man solle den 17. Juni 1953 als Stichtag für die Zugehörigkeit zu einer kommunistischen Partei werten. Wer vor diesem Zeitpunkt Kommunist war und eine politische Überzeugung zu vertreten glaubte, mußte nach dem 17. Juni mit diesem Glauben brechen. Für ihn mußte dieses Datum zu einem Stichtag der Moral geworden sein. Wer danach noch der Partei dienen wollte, beugte den Rücken vor der stalinistischen Doktrin und hat jeden Anspruch verspielt, sich Sozialist zu nennen. Wer aber gar nach dem 17. Juni 1953

der SED beitrug, kann nicht verlangen, daß man ihm echten politischen Glauben an „das Gute im Kommunismus“ in Rechnung stellen soll.

Die SED weiß dies, und viele ihrer Funktionäre haben über das Nachlassen der Parteiloyalität und über das große „Kadersterben“ nach dem Volksaufstand geklagt. Ist das kein Sieg für die Volksrevolution, Eine Diktaturpartei, deren Rückgrat zerbrochen wurde und die sich nur noch auf den Spitzen der Bajonette halten kann? Und — vergessen wir das nie — viele dieser Bajonette werden von Menschen getragen, die nicht einen Blutstropfen für die SED opfern und niemals auf ihre deutschen Brüder schießen würden. Auch das hat der 17. Juni zuwege gebracht!

Forderungen unerfüllt

Dennoch blieben die Forderungen der streikenden Bevölkerung aus jenen Junitagen unerfüllt. Die SED hat den „Neuen Kurs“, den sie aus Furcht nach dem Aufstand verkünden mußte, rückgängig gemacht. Die Normenschraube ist ebenso geblieben wie die unzureichende Versorgung. Aber es wäre noch schlimmer gekommen, hätte die Bevölkerung den SED-Chef Ulbricht damals nicht mit Gewalt gestoppt. Ulbrichts damalige Pläne hätten die Zone in das

Elend der ersten Nachkriegsjahre zurückgestürzt. Die Bolschewisierung Mitteldeutschlands wäre total geworden. Alles, was man heute als „Liberalisierung“ bezeichnen mag, obwohl es sich ausschließlich um der SED abgetrotzte Zugeständnisse handelt, war nur durch den Juni-Aufstand möglich.

Niemals wieder hat die SED jene diktatorische Machtfülle und Sicherheit erreicht, unter deren Schutz Ulbricht im Juli 1952 sein Programm zum „Aufbau des Sozialismus“ verkündete. Volle zwei Jahre hatte die SED mit ihren Bolschewisierungsbestrebungen durch den Juni-Aufstand verloren. Und bis heute ist die Maschine der Diktatur, die damals auf vollen Touren anlaufen sollte, nicht mehr recht in Gang gekommen.

Angesichts dieser Tatsachen mögen die Zweifler an dem Sinn des Widerstandes gegen den Kommunismus erkennen, daß dessen Stärke geringer ist, als sie fürchten. Es gibt keinen Kommunismus ohne das Volk, nur eine zeitweilige Diktatur. Ein Volk, das sich nicht bolschewisieren lassen will, und das eine derartige Widerstandskraft besitzt wie die Bevölkerung Mitteldeutschlands, kann niemals in den Klauen eines Stalinismus enden. Der 17. Juni hat aber auch jene Zweifler im Westen beschämt, die sich mit der Spaltung Deutschlands abzufinden begannen. Heute ist der 17. Juni 1953 für jeden Menschen im Westen Verpflichtung, unermüdet an der nationalen Zusammenführung beider Teile Deutschlands — ohne kommunistischen Zwang — mitzuwirken. Dies aber ist vielleicht der größte Sieg, der die Opfer dieses Aufstandes krönt!

J. B. Gradl

Wird wirklich gesprochen?

Wegen seiner grundsätzlichen Ausführungen veröffentlichten wir im folgenden den Leitartikel aus der Pfingstausgabe des TAG.

Das Gespräch — gesprochen wie geschrieben — war immer die edelste Form menschlicher Verbindung. Wir wissen aus tausend Quellen, wie hoch zum Beispiel die alten Griechen den Austausch von Meinungen im Gespräch schätzten. Dialogos nannten sie das — und wenn wir uns dann vergegenwärtigen, was heute als Dialektik daraus geworden ist, dann zeigt sich der ganze Abstand der Verkünderung der christlichen Heilsbotschaft vor zweitausend Jahren von der materialistischen Heilslehre, die heute aus dem Osten so massiv präsentiert wird. Diese Gegenüberstellung soll nicht scheinheilig besagen, daß das Gespräch außerhalb des Kommunismus makellos geführt wird.

Auch in der Welt, die sich humanistisch, abendländisch nennt, wird der Mensch vom Menschen nicht nur mit dem ehrlichen Wort beeinflusst. Hier gibt es Verzerrung, Täuschung, Lüge, Apparatur, gibt es Druck in dieser und jener Weise. Aber die Grundhaltung ist Freiheit, Freiheit, sich zu informieren, ungestraft andere anzuhören, die eigene Meinung zu äußern, die Meinungen zu vergleichen, frei und ungezwungen sich zu entscheiden, jene Freiheit also, die allein ein echtes Gespräch ermöglicht.

Chrustschows Erkenntnis

Ohne diese Freiheit können die Menschen im privaten Leben nicht miteinander auskommen, und ohne diese Freiheit kann auch im politischen Leben kein Meinungsaustausch gute Früchte tragen. Dem modernen Politiker ist es zwar unendlich leicht, das Ohr von Millionen zu erreichen; was die Technik vermag, wurde soeben in dem Fernsehinterview Chrustschows vor den Augen und Ohren von Millionen Amerikanern demonstriert. Und die

simultanen Übersetzungsanlagen der heutigen internationalen Tagungen sind technisch auch ein Sprachenwunder.

Aber unendlich viel wichtiger als die Technik ist der Geist, in dem das politische Gespräch geführt wird. Jeder Zwang, jede Nötigung, jede Unehrllichkeit, jede Diffamierung steht ihm im Wege, macht das Gespräch hohl und verhindert die Synthese echter Verständigung. „Laßt uns das Maß des ehrlichen Mannes anlegen, wir wollen einander vertrauen und nicht wie zwei Räuber einander anschauen“, sagte Chrustschow den Amerikanern. Man könnte nach allen Täuschungen und Enttäuschungen, die die Politik des Kremls bereitet hat, über diese biedere Sprache lächeln. Aber das brächte nicht weiter, und tatsächlich wird das Ost-West-Gespräch, das jetzt in London über die Abrüstung und morgen oder übermorgen über andere Themen an anderen Orten geführt wird, nicht erfolgreich sein, wenn nicht die Grundelemente eines echten Gesprächs eingefügt werden, jene Elemente, die Nikita Chrustschow ganz richtig genannt hat: Ehrlichkeit, Aufgeschlossenheit für die Meinung der Gegenseite und Ablassen von räuberischem Zwang.

Wort und Tat

Zumal in der Frage, die uns am nächsten liegt, würde es den sowjetischen Gesprächsteilnehmern durchaus möglich sein, eine echte Gesprächsbasis zu schaffen. Vorausgesetzt allerdings, daß jene Antwort ehrlich ist, die Chrustschow selber gegeben hat, als er in dem amerikanischen Fernsehinterview bei der Erörterung des Themas Truppenabzug bestritt, daß die kommunistische Ordnung in Osteuropa nur durch die sowjetischen Streitkräfte behauptet würde. „Für solch eine kommunistische Ordnung würde ich nicht kämpfen . . . Wenn das Volk diese Ordnung nicht wünscht, so mag es die Ordnung aufrichten, die es haben will“, so sagte Herr Chrustschow (nebenbeobachtet: in Pankow hat man das sicher nicht gern vernommen), und er versicherte, die Sowjets würden gegebenenfalls unbesorgt ihre Truppen aus Ostdeutschland abziehen lassen. Bisher war es

so, daß die sowjetischen Politiker Einsicht und Verständigungsbereitschaft in Worten bezugeten, den Beweis jedoch gern umgingen — und wie zum Beispiel am 17. Juni 1953 — entgegengesetzt handelten.

Die Welt würde aufatmen können, wenn sich endlich auch das Machtzentrum des dialektischen Materialismus dem echten Gespräch öffnen würde. Ob es dazu kommt, das liegt nicht nur, aber doch entscheidend beim Kreml. In unserem eigenen Land haben wir dabei noch eine besondere Betrachtung anzustellen. In der sowjetischen Besatzungszone sind sogar die politischen Begegnungen und Gespräche unterbunden durch Reiseverbote für die jungen Menschen der Sowjetzone in das „feindliche Ausland“ Bundesrepublik und Westberlin. Der Geist, der aus diesem Verhalten der sowjetischen Machthaber spricht, ist das genaue Gegenteil dessen, was Chrustschow eben proklamiert hat. Wie ermutigend und befruchtend wirkt demgegenüber der Strom freier Begegnung der freien europäischen Jugend zum freien Meinungsaustausch, den jetzt sogar auch Polen seinen jungen Menschen möglich macht.

Sprechen und widersprechen, das Gespräch in Freiheit ist die einzige Art des Gesprächs, die Wahrheit und Bestand bringt. Wer das freie Gespräch ablehnt und verhindert, wer das Gespräch mit Propaganda vernebelt, durch Diffamierung stört, durch Drohung oder Bestechung unfrei macht, der traut seiner eigenen Sache nicht, und er ist ein simpler Diener brutaler oder verschlagener Mächte. Das gilt für alle politischen Auseinandersetzungen über weltweite und weniger wichtige Fragen und führt immer zu Unheil.

Das menschliche Gespräch wird auf dieser Erde nie vollkommen werden, weil wir Menschen nun einmal unvollkommen sind. Aber wir sollten uns bemühen, es im Umgang miteinander, in der vielberufenen Koexistenz im Großen und im Kleinen, wieder vollkommener zu machen. Die großen Sünden unseres Jahrhunderts, die totalitären Haltungen, haben die Begegnung der Menschen und der Völker in der Wurzel ver-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Agrarüberschüsse finden Abnehmer

12 Länder an der Einfuhr von Lebensmitteln interessiert

Washington (AP). Etwa zwölf Länder haben nach amtlichen Washingtoner Verlautbarungen der amerikanischen Regierung mitgeteilt, daß sie dringend am Ankauf amerikanischer Agrarüberschüsse gegen fremde Währung interessiert sind. Besonders dringende Anfragen liegen beim State Department von Polen, Spanien und Israel vor, die die Lieferungen zur Überwindung einer Lebensmittelknappheit brauchen. Weitere Anfragen sind aus Italien, Pakistan, Indien, Japan, Jugoslawien und weiteren asiatischen und nahöstlichen Ländern eingegangen.

Die Regierung hat mit Genehmigung des Kongresses in den letzten zweieinhalb Jahren für drei Milliarden Dollar Agrarüberschüsse, darunter Weizen, Baumwolle, Fette, Öle, Sojabohnen und Milchprodukte, an befreundete Nationen gegen fremde Währung verkauft. Mit diesem Programm konnte zugleich ein Teil der riesigen Agrarvorräte abgebaut werden, die die amerikanische Regierung mit den gesetzlichen Preisstützungs-

Nicht auf Kosten der Alliierten Dulles zerstreut Befürchtungen — Differenzen über Abrüstung

Washington (AP/DPA). Die USA sind nicht bereit, zur Beschleunigung der Abrüstungsgespräche in London auf Kosten ihrer Alliierten zu handeln. Mit dieser Feststellung wandte sich US-Außenminister Dulles auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz gegen Befürchtungen, die USA könnten über die Köpfe ihrer Verbündeten hinweg zu einer Verständigung mit den Sowjets gelangen. Aus diesem Grunde berieten die USA gegenwärtig auch mit den europäischen NATO-Mitgliedern über die Errichtung eines Inspektionssystems in Europa, da sie eine solche Zone nicht ohne vorherige Zustimmung ihrer Verbündeten vorschlagen wollen.

Weiter kündigte Dulles an, daß die USA dem Londoner Abrüstungsausschuß in Kürze einen festumrissenen Plan für die Einrichtung einer Luftinspektionszone in der Arktis unterbreiten wollen, vorausgesetzt, daß Kanada, Norwegen und Dänemark diesem Plan zustimmen. Daraus läßt sich entnehmen, daß diese Zone nicht nur Alaska und Nordsibirien umfassen soll.

Der DPA-Korrespondent Fritz von Globig faßte seine Eindrücke von der Pressekonferenz

wie folgt zusammen: Die Ausführungen von Dulles erweckten den Eindruck, daß eine Koordinierung der Ansichten über die Abrüstung innerhalb des westlichen Lagers schwieriger ist als erwartet. Dulles sprach von „Verfahrensschwierigkeiten, die hinsichtlich der NATO entstanden sind“. Dazu zählte er auch die Tatsache, daß die Bundesrepublik nicht UN-Mitglied ist, deren Unterausschuß die Abrüstungsgespräche führt.

Aus Dulles Ausführungen ging ferner hervor, daß bei den zweiwöchigen Verhandlungen Stassens in Paris und London die Kernfrage nicht geklärt worden ist, ob die europäischen Verbündeten für oder gegen die Aufnahme einer europäischen Kontrollzone in die US-Abrüstungsvorschläge sind. „Wir kennen die Ansichten unserer kontinentalen Verbündeten noch nicht“, sagte Dulles wörtlich.

Am 17. Juni in Berlin

Programm zum Tag der deutschen Einheit

Berlin (Eigenmeldung). Am 17. Juni, dem Tag der deutschen Einheit, wird, wie der Regierende Bürgermeister Suhr vor Pressevertretern mitteilte, auf dem Rudolph-Wilde-Platz in Westberlin um 19 Uhr eine offizielle Feierstunde des Landes Berlin stattfinden. Als einziger Redner ist der Vizepräsident des Bundestages, Professor Carlo Schmid, vorgesehen. Am Vormittag erfolgt um 11.30 Uhr eine Kranzniederlegung an den Gräbern der Opfer des Volksaufstandes.

25 Prozent nicht zuverlässig

Berlin (DPA). Zwei Divisionen der „Volksarmee“ und damit

etwa 25 Prozent der über 80 000 Mann umfassenden Sowjetzonen-Streitkräfte sind militärisch und politisch nicht so zuverlässig, wie das DDR-Verteidigungsministerium es verlangt. Dies geht aus einer offiziellen Mitteilung des stellvertretenden Leiters der Abteilung Politverwaltung beim Stab der Armee, Oberst Böhme, hervor. In einem Bericht in der Zeitung „Die Volksarmee“ schreibt der Polit-Offizier, der DDR-Verteidigungsminister Generaloberst Willi Stoph selbst habe auf das „Zurückbleiben“ dieser Verbände hingewiesen.

Amerika hilft Polen

DT. Vor genau zehn Jahren wurde der Marshall-Plan verkündet. Das große amerikanische Hilfswerk für Europa begann. Die Ostblockstaaten durften sich auf Weisung Moskaus nicht beteiligen, obgleich gerade sie nächst dem zerstörten Deutschland der Hilfe dringend bedürftig hätten. So wurde die Tschechoslowakei zurückgepfiffen, und das damalige Polen wagte erst gar nicht den Versuch, die hilfreiche amerikanische Hand zu ergreifen. Was Amerika in Westeuropa und wohl am überzeugendsten im Bundesgebiet und in Westberlin gelang, konnte die Sowjetunion in ihrem Einflußgebiet nicht zustande bringen. Jetzt, zehn Jahre zu spät, wird auf Initiative Moskaus ein weiterer Ver-

such gemacht, die „nationalen Planwirtschaften“ der Satellitenländer wenigstens einigermaßen zu koordinieren, allerdings weniger zum Zwecke einer ohnehin kaum möglichen höheren Rentabilität, als vielmehr um einer engeren Verflechtung willen.

Mit anderen Worten: Wirtschaftliche Extratouren sollen wegen der damit vielleicht verbundenen politischen Alleingänge unterbunden werden. Das richtet sich gegen Polen. Und um Polen bei der sowjetischen Stange zu halten, drängt man ihm die „Hilfe“ seiner moskauhörigen Nachbarstaaten Tschechoslowakei und Sowjetzone geradezu auf. Ob diese beiden Nachbarn, die selbst mehr benötigten als abgeben können, tatsächlich zu helfen in der

Lage sein werden, ist kaum anzunehmen, zumal ihnen der Ausfall von polnischen und ungarischen Agrarlieferungen doppelt zu schaffen macht.

Polen jedenfalls muß Hilfe annehmen, wo sie sich bietet. Es wandte sich an Amerika. Die Wirtschafts- und Ernährungslage ist dort so, daß selbst ein Hilfsversprechen aus Pankow nicht zurückgewiesen werden kann, so gern das Nationalpolen um Gomulka aus „ideologischen Gründen“ wahrscheinlich auch tun möchten. Doch wird man dabei sehr genau beachten müssen, ob mit den neu forcierten Wirtschaftskontakten zwischen Warschau und Pankow tatsächlich ein politisches Entgegenkommen der Polen verbunden sein wird, das den stalinistischen Überbleibseln an der Weichsel neuen Auftrieb verschaffen könnte.

Nicht nur die Bundesregierung wird das aufmerksam beobachten müssen, sondern auch die Regierung der Vereinigten Staaten, die Polen helfen will. Gomulka hat in schwierigen Situationen seinen starken Charakter gezeigt. Man erwartet von ihm, daß er auch bei der Entgegennahme von Wirtschaftshilfe sich nicht allein von fragwürdigen Zweckmäßigkeitsprinzipien leiten läßt, also etwa die westliche Hilfe einsteckt und ein paar Tage später sich in Pankow womöglich vor den Karren Ulbrichts spannen läßt.

Erweiterung der Reiseverbote?

Kaiser-Ministerium äußert Befürchtungen

Bonn (Eigenbericht). Vom Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen wurde die Befürchtung geäußert, die Pankower Behörden könnten das Reiseverbot nach dem Westen auf alle Jugendlichen ausdehnen. Die verschiedenen Anordnungen, die in den letzten Wochen herausgegeben worden sind, betreffen nach einer Bonner Übersicht bereits mehr als 300 000 Personen, und zwar 150 000 Mittel- und Oberschüler, 12 000 Schüler von Lehrerbildungsanstalten, 77 000 Lehrer und 70 000 Studenten.

Staatssekretär Dr. Thedieck vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen erklärte dazu, der Grund für diese Reiseverbote liege offenbar in der Unruhe, die gerade unter den jüngeren und geistig interessierten Menschen der Zone seit den Ereignissen in Ungarn und Polen entstanden sei. Es sei für die Machthaber der Sowjetzone zu gefährlich, diese Menschen nach Westdeutschland fahren zu lassen, wo sie mit gleichaltrigen über die Verhältnisse in der Zone diskutieren könnten.

Nachdrücklich wandte sich Thedieck gegen die Behauptung, daß Reisende aus der Sowjetzone im Bundesgebiet als Agenten angeworben oder mit Geld seines Ministeriums beeinflusst

würden. Solche Unterstellungen seien „vollendeter Wahnsinn“. Pankow lasse die Bewohner der Sowjetzone ohne Rückfahrkarte und ohne einen Pfennig Geld in das Bundesgebiet reisen und verlange dann, daß sie hier nicht von der Möglichkeit Gebrauch machten, sich wenigstens die Rückreise bezahlen zu lassen.

Volkswohnungs-Gesetz wird erwogen

Mietern sollen Kaufrechte eingeräumt werden

Bonn (Eigenmeldung). In den Bonner Regierungsparteien wird neuerdings wieder der Gedanke erörtert, die mit staatlicher Hilfe erbauten Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus als „Volkswohnungen“ in Privatbesitz überzuführen. Durch die Diskussionen über den „Volkssaktien“-Plan sind diese Überlegungen, die seit Jahren angestellt werden, plötzlich aktueller geworden. Man denkt daran, die gemeinnützigen Wohnbau-Gesellschaften, in deren Besitz sich die Wohnungen befinden, gesetzlich zu verpflichten, die Wohnungen den derzeitigen Mietern zum Kauf anzubieten. Die Überlegungen darüber befinden sich aber noch im Anfangsstadium, so daß in

den nächsten Monaten bis zur Wahl auf keinen Fall mit einer Verwirklichung dieses Plans rechnen ist.

Die neuen Erörterungen gehen von einer Bemerkung aus, die Bundeswohnungsbauminister Dr. Preusker beiläufig auf dem Hamburger Parteitag der Deutschen Partei gemacht hat. Er meinte, auf die Dauer dürfe es nicht dabei bleiben, daß der Staat mit ungeheuren Mitteln für eine Ansammlung riesiger Vermögen bei anonymen Baugesellschaften Sorge. In unterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß der Staat seit 1948 im Bundesgebiet und in Westberlin mehr als 19 Milliarden DM für den sozialen Wohnungsbau ausgegeben hat,

So sind sie wirklich!

Die Intendantin des NKWD

Im früheren Landestheater Brandenburg, dem heutigen „Hans-Otto-Theater“ zu Potsdam, residiert eine Frau als Intendantin, die sich dieser Tage als Spitzenkandidatin der „Nationaldemokratischen Partei“ vorstellen durfte: Ilse Weintraud, zeitweilig prominenteste „Kulturreisende“ des sowjetischen Außenministeriums. In Indien und Hamburg konnte man ihr während der letzten Jahre gleichermaßen begegnen. Überall demonstrierte sie das „Demokratische“ des SED-Staates: „Sehen Sie, auch ich als Angehörige einer nichtkommunistischen, bürgerlichen Partei kann in der DDR als Theaterintendantin fungieren...!“ Westeuropäische Zeitungen haben dieses Faktum gebührend gewürdigt...

Ilse Weintraud ist ein typisches Beispiel für die Tarnung, mit der sich Altkommunisten heute in der Öffentlichkeit bewegen. Niemand hätte sich in Hamburg auch nur ein Wort mit dieser Frau unterhalten, wäre sie von der SED gekommen. Aber so war sie ja eine „Bürgerliche“, vielleicht gar eine vom „stillen, kulturellen Widerstand“... Sehen wir uns ihre Biographie einmal unvereignet an:

Seit 1923 Kommunistin!

Ilse Weintraud wurde 1906 in Düsseldorf als Tochter einer Mäherin geboren und kam 1920 als Garderobenfrau und Putzmädchen an das Hamburger Café „Opéra“. Bereits 1923 stieß sie zu einer kommunistischen Jugendgruppe, wurde deren Mitglied und erhielt in einem Laienzirkel Schauspielunterricht. 1925 wurde sie Mitglied der KPD, wo man sie in das von der Parteileitung finanzierte Ensemble „Hamburger Schauspieler“ vermittelte. Im Januar 1933 gelang es ihr, in einer mecklenburgischen Widerstandsgruppe unterzuschlüpfen, bis sie Ende 1933 verhaftet und zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Anschließend arbeitete sie bis 1945 als Kunstgewerlerin, Sekretärin und in einem Rüstungsbetrieb.

ILSE WEINTRAUD

Nach dem Zusammenbruch ging Ilse Weintraud im Auftrag der neugegründeten KPD, deren Mitglied sie wieder wurde, nach Hamburg, um die alten Genossen zu einem neuen Ensemble zu formieren. Es gelang ihr, das Kabarett „Laternenanzünder“ zu gründen, das bald mehr von der Düsseldorfer KP-Zentrale als von ihr geleitet wurde. Ende 1947 tauchten jedoch in Hamburg Gerüchte über gewisse NKWD-Verbindungen der Weintraud auf, die sich erhärteten, als man diese Frau im Jahre 1948 kurzerhand an das mecklenburgische Theater Ludwigslust kommandierte.

Der Parteibuch-Wechsel

Kurz danach verblüffte sie ihre Genossen durch einen offiziell befohlenen Übertritt von der SED — deren Mitgliedsbuch sie inzwischen angenommen hatte — zur NDPD. Sie gründete die Ortsgruppe Ludwigslust dieser Partei, übernahm im LandesparteiVorstand die Abt. Politisches Studium und Kultur und wurde zur Intendantin der Volksbühne Neustrelitz befördert. Im Juni 1950 übernahm sie dann die Intendanz des damaligen Landestheaters in Potsdam, dessen Belegschaft und Ensemble sie zusammen mit einem ihr befreundeten sowjetischen Kulturoffizier in unvorstellbarer Weise „säubern“ half.

Ilse Weintraud wurde zu einer der gefürchtetsten Agentinnen des Potsdamer NKWD, später MWD. Ihr Zugang zu höchsten Parteidienststellen und zu den

Noch parteiischer!

Berlin (DPA). Eine noch stärkere Politisierung der Sowjetzonen-Schule im Sinne des SED-Regimes kündigte der DDR-Minister für Volksbildung, Fritz Lange (SED), in Ostberlin an. Während eines Festaktes zur Auszeichnung von „verdienten Lehrern des Volkes“ nannte Lange die „politisch-ideologische Erziehung unserer Jugend“ das „Hauptkettenglied in der gesamten Bildungs- und Erziehungsarbeit“.

Privatwohnungen prominenter Kulturfunktionäre machte sie für die Sowjets bald unentbehrlich. Von der Potsdamer Bevölkerung erhielt sie den Beinamen „Die Intendantin des NKWD“. 1951 wurde sie in den Politischen Hauptausschuß der NDPD aufgenommen und spielt seither eine maßgebliche Rolle in der „nationaldemokratischen“ Parteipolitik.

Funktionen über Funktionen

Es war im Sinne der Sowjets, diese Frau mit Funktionen zu überhäufen. Sie kam in den Bundesvorstand des „Demokratischen Frauenbundes“, gehörte bald der Potsdamer Bezirksleitung des Kulturbundes, dem „Nationalrat der Nationalen Front“ und Gruppierungen wie dem Korea-Hilfssausschuß an, in dessen Auftrag sie mehrmals nach Nordkorea reiste. Im Zentralvorstand der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft ist Ilse Weintraud ebenso vertreten wie in der Volkskammer, der sie nun in der zweiten Amtsperiode angehört. Viermal wurde ihr die „Medaille für ausgezeichnete Leistungen“ verliehen, koreanische und vietnamesische Orden kamen hinzu. Aber je energischer sich diese betont männlich auftretende Frau nach Orden und Ämtern drängte, um so mehr wurde sie von ihren Kulturfunktionärskollegen gemieden. Jedes Gespräch mit der Weintraud ist gefährlich; viele sind durch Schaden klug geworden. Niemand wird erfahren, wen diese Frau ins Unglück stürzte. Heimlich spricht man von diesem und jenem, den sie an das MWD verraten haben soll. Vorsichtig geht man ihr aus dem Wege, und jeder ist bestrebt, sie nicht zum Feind zu haben.

Ob diese Frau glücklich geworden ist, bleibt dahingestellt. Tritt sie im Westen als „bürgerliche“ Agitationsrednerin auf, wirkt sie krampfhaft und verklemmt. Nur Mitleid wäre bei ihr fehl am Platze. Ilse Weintraud hat ihr Schicksal selbst gewählt, und man darf ihr nicht einmal mehr die „bürgerliche“ Tarnung belassen, mit der sie im Westen agiert.

Der große Schwindel beginnt

In Ostberlin trauten die „Wähler“ ihren Augen nicht

Mit betretenen Mienen nahmen am Pfingstsonntag die ersten 6000 Ostberliner ihren „Wahlschein“ in Empfang. Es waren Urlauber, Dienstreisende und Lehrgangskommandierte, die während der Pfingstfeiertage in den acht Ostberliner „Sonderwahllokalen“ den großen Schwindel eröffnen helfen durften. Der „Stimmzettel“, den man ihnen gab, enthielt nichts weiter als die Namenliste der jeweiligen Kandidaten der „Nationalen Front“. Keinen Vermerk, nichts zum Ankreuzen oder Ungültigmachen. Ein Stück bedrucktes Papier, das ohne schriftlichen Zusatz, ohne einen Bleistiftstrich in die Wahlurne geworfen werden mußte!

Gewiß, man war auf alles gefaßt bei dieser „Wahl“. Aber eine derartige Zumutung verschlug selbst hartgesottene Opportunisten den Atem. Der Wahlgang, der damit erstmals bekannt geworden ist, wickelte sich ab wie folgt:

In einem sogenannten „Wahlbüro“ wurden, nach Legitimierung durch den Personalausweis, die „Wahlscheine“ ausgegeben. Mit diesem Schein ging es auf direktem Wege zum „Wahllokal“, das sich meist in nächsten oder sogar im gleichen Raum befindet. Auf diesem Weg wurden die „Wähler“ von den mißtrauischen Blicken zahlreicher als „Wahlkontrolleure“ fungierender Funktionäre verfolgt. Unmöglich, etwa einen Vermerk auf dem Zettel anzubringen, oder diesen gar zu zerreißten. Trotzdem haben sich die Veranstalter doppelt gesichert, indem nun — bei der „Wahlleitung“ — der Schein noch einmal „zwecks Legitimation“ vorgezeigt werden muß. Jetzt hätte der Bürger theoretisch die Möglichkeit, die in jedem Fall vorhandene, wenn auch gut bewachte Wahlkabine zu benutzen. Angesichts der Beschaffenheit des „Wahlscheins“ wäre dies völlig sinnlos. Was will der Wähler in dieser Kabine tun? Wer dort hingeht, kann es nur tun, um eine antikommunistische Losung auf dem Papier zu fixieren. Es wäre eine Selbstentlarvung ohne jeden Sinn: Die zahllosen anwesenden Funktionäre können sich durch eine kurze Rückfrage im „Wahlbüro“ von der Identität dieses „Schädlings“ überzeugen.

Offene Abstimmung Zwang!

Die Wahlleiter selbst lassen keinen Zweifel daran, daß es nur den Weg der „offenen“ Ab-

stimmung gibt. In mehreren Ostberliner Wahllokalen wurde während der ganzen Pfingstfeiertage nicht ein einziger Bürger beobachtet, der die Wahlkabine aufgesucht hätte! Alle trugen den Zettel sofort nach Empfang auf direktem Wege zum Wahlstisch und warfen ihn unter den wachsamen Augen der Funktionäre unbeschrieben in die Urne. Es gibt kein „Nein“ bei dieser Wahl, es sei denn, man würde den Schein vor den Augen des Wahlleiters zerreißten. Was aber hätte eine

Eine einmalige Komödie

Viele Menschen, die in den letzten Tagen den Hergang der am 23. Juni offiziell durchzuführenden „Wahlen“ erfuhren, haben verzweifelt nach einem Weg gesucht, mit dem man den Kommunisten diesen ungläublichen Frechheitsakt parieren kann. Aber es gibt keinen solchen Weg! Selbst wenn es einem Wähler gelingen sollte, diesen Zettel zu durchkreuzen (es gelingt ihm nicht ohne Aufsuchen der Wahlkabine!), würde seine Stimme als „Ja“ für die „Nationale Front“ und damit für die SED gewertet werden. Nur ein zerrissener Wahlschein wird als „ungültig“ anerkannt, auch dann nicht einmal als Gegenstimme“. Wozu aber diese Geste? Nehmt das Ganze als das, was es ist: Als eine in Deutschland einmalige Komödie, die alle bisherigen kommunistischen Handlungen in den Schatzen stellt. Gebt getrost Eure Zettel ab! Die Welt weiß jetzt, wie diese „Wahl“ vonstatten geht! Es wird der SED nicht gelingen, mit dem Wahlergebnis

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übriger wird er auch dort gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

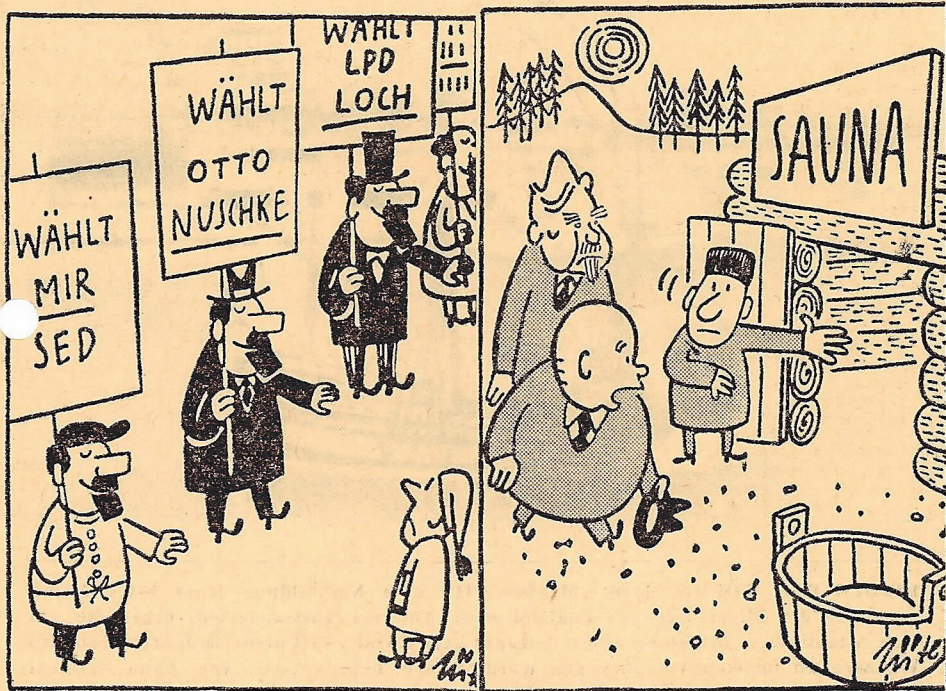
solche Widerstandshandlung für einen Sinn, wenn dadurch Menschen für eine idealistische Tat dem Terror der Staatsorgane zum Opfer fallen würden?

auch nur einen Menschen — und sei er noch so ignorant — zu täuschen!

Die SED hat ihren gesamten Sicherungsapparat zu dieser Wahl aufgebogen. Die Wahlschlepper werden den letzten Bürger aus seiner Wohnung holen, ein Heer kommunistischer Funktionäre wird jeden Schritt zwischen „Wahlbüro“ und „Wahlurne“ überwachen. Meldet die Wahlkabinen! Sie sind politische Menschenfallen; mit ihnen werden der SSD die zum Widerstand bereiten Bürger kennenlernen! Die ganze Welt weiß, wie heute die Sowjetzonenbevölkerung über die SED und ihre sowjetischen Hintermänner denkt! Wäre ein hundertprozentiges Wahlergebnis nicht die beste Antwort auf diese Farce, die sich uns bereits in den „Sonderwahllokalen“ produzierte? Ein fünfzigprozentiges Wahlergebnis würde die Dummen zu Zweiflern machen, ein hundertprozentiger „Wahlsieg“ der SED aber ist die herrlichste Parodie auf diesen Staat, der sich deutsch und demokratisch titulieren möchte!

Vor den Wahlen in der Osizone

Chrustschow in Finnland



Die Kandidaten stellen sich vor

„Danke, wenn wir an unsere Volksrepubliken denken, schwitzen wir schon genug!“

„Schickt Einladungen!“

Bonn (AP). Hunderttausende von Briefen, Einladungen und Freundesgaben aus der Bundesrepublik und Westberlin an Studenten und Oberschüler der Sowjetzone und Ostberlins sollen dem Pankower Regime „die einzig mögliche Antwort“ auf das Ausreiseverbot für Studenten und Oberschüler erteilen. Diese Aufforderung richtet das Kuratorium Unteilbares Deutschland am Mittwoch an die Jugend, Eltern und Erzieher in der Bundesrepublik und Westberlin. Dadurch solle dokumentiert werden, daß „das Bewußtsein zur Zusammengehörigkeit der deutschen Jugend unerschütterlich bleibt“.

Möglichst jeden Oberschüler und Studenten in Mitteldeutschland sollte in diesen Wochen ein Beweis der Verbundenheit

aus der Bundesrepublik und Westberlin erreichen. In jeder Hochschule und Schule Mitteldeutschlands müßten Einladungen für die Sommerferien eintreffen. Selbst wenn das „Verbotsregime“ in Pankow solche Reisen weiter verhindern sollte, wüßten die jungen Menschen in Mitteldeutschland dann doch, „daß die Jugend westlich der Zonengrenze auf sie wartet“.

Machtkampf in Ungarn?

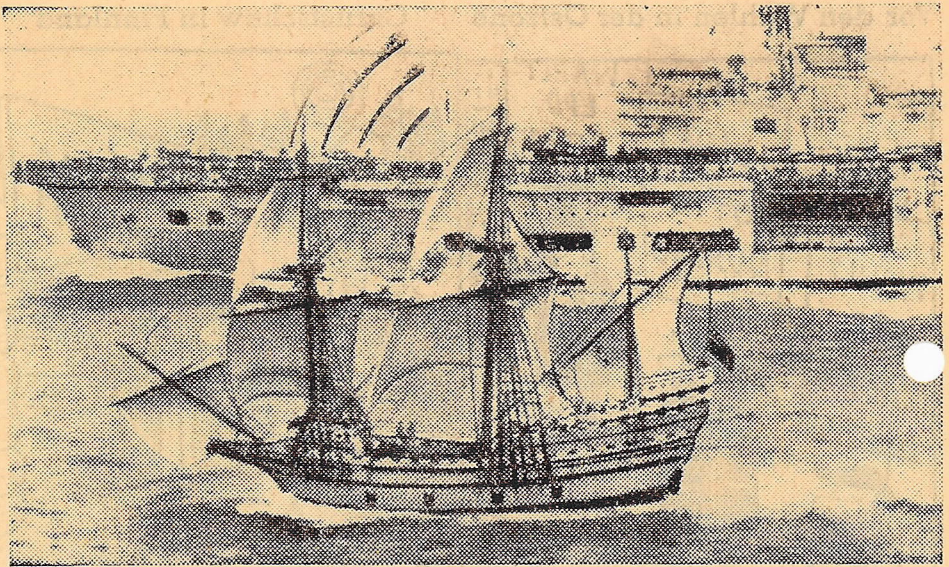
Budapest (AP). Innerhalb der Kommunistischen Partei Ungarns soll sich gegenwärtig ein stiller erbitterter Kampf um die Frage abspielen, ob Ungarn sich in Zukunft noch enger an die Sowjetunion anlehnen, oder — ähnlich wie Polen — eine unabhängige Stellung anstreben soll. Die parteiamtliche Zeitung

Wird wirklich gesprochen?

Fortsetzung von Seite 2

giftet, als sie das Gespräch durch Lüge und Gewalt ersetzten. Wir müssen zurückfinden auf den Weg des Überzeugens. Dieser Weg ist mühsam, und er schließt die Möglichkeit ein, vom Recht des anderen überzeugt zu werden. Aber nur dieser Weg bietet auch die Chance, den anderen für die eigene Meinung wirklich zu gewinnen. Und das ist schließlich der einzige Weg zu wirklichem Frieden.

„Nepszabadsag“ bestätigte am Mittwoch erstmalig, daß Differenzen innerhalb der Partei bestehen, nannte sie jedoch ein „gesundes Zeichen“.



BILDER DER WOCHE. Oben: „Mayflower II“, eine Nachbildung jenes Schiffes, mit dem 1620 die Pilgerväter aus England nach Amerika auswanderten, begegnete auf dem Atlantik dem britischen Flugzeugträger „Ark Royal“. — Unten: 50 Jahre Strandbad Wannsee. In lustigen Vorführungen wurde dieser Tage gezeigt, wie Anno dazumal eine Berliner Familie einen Ausflug in das „Strandbad Berlin“ unternahm.

